Donnerstag, 4. August 1921 : Nr. 9 Auflage 210000 Exemplare. Einzelverkaufspreis 30 Pfg.

Nachrichtenblatt der Kölner Zeitungen

Erscheint während des Ausstandes der Buchdrucker.

Herausgeber: Kölner Tageblatt, Kölnische Volkszeitung, Kölnische Zeitung, Mülheimer Zeitung, Rheinischer Merkur, Rheinische Volkswacht, Stadt-Anzeiger zur Kölnischen Zeitung.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Werner Schuart. Druck von M. DuMont Schauberg und Kölner Verlagsanstalt, alle in Köln

Die Absatz-Postanstalten werden gebeten, dieses Blatt den Beziehern der obengenannten Zeitungen auszuhändigen.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Bezieher der nachgenannten Zeitungen das Recht haben, gegen Vorlage ihrer Bezugsquittung an sämtlichen Haupt geschäftsstellen, den Agenturen und Annahmestellen die kostenlose Aushändigung des Nachrichtenblattes der Kölner Zeitungen zu beanspruchen.

Kölner Tageblatt, Kölnische Volkszeitung, Kölnische Zeitung, Mülheimer Zeitung, Rhein. Merkur, Rhein. Volkswacht, Stadt-Anzeiger zur Kölnischen Zeitung.

Der neue Schritt des Verbandes

Berlin, 3. August Die Angelegenheit des Truppentransportes nach Oberschlesien hat nunmehr ihre Erledigung gefunden. Heute mittag erschienen bei dem Reichsminister des Auswärtigen der französische und der englische Botschafter, sowie der italienische Geschäftsträger und überreichten ihm nachstehende, von den drei genannten Vertretern unterzeichnete Note:

Berlin, 3. Aug. Der Botschafter Frankreichs, der Botschafter Englands und der Geschäftsträger Italiens beehren sich im Auftrag ihrer Regierungen die deutsche Regierung zu ersuchen, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um durch alle möglichen Mittel den Transport alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Oberschlesien in jedem Augenblick nötig machen könnte. Es wurde endlich noch hinzugefügt, daß es sich hierbei nicht um ein Ersuchen handele, schon jetzt Truppen zu befördern, sondern um die grundsätzliche Bereiterklärung Deutschlands, dies auf eine besondere Aufforderung der drei Mächte hin zu tun. Der Reichsminister des Auswärtigen antwortete, daß dieses Verlangen dem von der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunkte widerspreche. Er erklärte sich bereit, in diesem Sinne mit dem Reichsverkehrsminister in Verbindung zu treten.

Die Notlage der oberschlesischen Industrie

Breslau, 3. Aug. (Telegr.) Die polnische Politik in den Kreisen Pleß und Rybnik läuft daraus hinaus, bereits jetzt vor der Entscheidung des Obersten Rates endgültige Tatbestände in der Art zu schaffen, daß das deutsche Element verdrängt und im Vergleiche zu den Verhältnissen zur Zeit der Abstimmung das polnische Element zahlenmäßig gestärkt wird. Dieses Streben ist besonders in den dortigen Bergwerken klar ausgeprägt, wo sowohl Arbeiter wie deutsche Beamte und industrielle Unternehmer die Gegend verlassen mußten. Deutschgesinnte Arbeiter wurden aus ihren Arbeitsstätten entweder durch Kontrolle ihrer Parteiausweise oder durch Verdächtigungen der polnischgesinnten Ortskommandanten verdrängt. Dies geschah besonders auf der Annagrube im Kreise Rybnik. Die überwiegend polnisch gesinnten neuen Betriebsräte verhindern die Auszahlung der rückständigen Löhne an Deutschgesinnte und an jene, von denen sie vermuten, daß sie am deutschen Selbstschutz teilgenommen. Auch werden die geflüchteten deutschen Arbeiter bei ihrer Ankunft von den an den Bahnhöfen aufgestellten polnischen Wachen beobachtet und bei der ersten besten Gelegenheit von den polnischen Ortskomandanten wieder abgeschoben. Nach Angaben aus Kreisen der Komission werden etwa 10 000 deutschgesinnte Arbeiter der Kreise Kosel und Leobschütz, welche bisher auf Rybniker Gruben gearbeitet hatten durch polnischen Terror von Rybnik fern gehalten. Da die Polen bestrebt sind, besonders die freigewordenen höheren Stellen innerhalb der Betriebe durch Polnischgesinnte zu ersetzen, sie aber hierbei auf die Polnische Arbeiterschaft zurückgreifen müssen, weil ihnen die nötigen gebildeten Kräfte fehlen, so haben die Verhältnisse, besonders im Kreise Rybnik, den ziemlich starken kommunistischen Einschlag erhalten. Die Folgen des Aufstandes hindern den plangemäßen Verlauf des wirtschaftlichen Lebens. Im Rybniker Revier liegen neben den Fördertürmen mächtige Kohlenhalden aufgeschichtet, da der Abtransport während und nach dem Aufstande infolge des mangelnden Bahnmaterials nicht möglich war. Die Kohlenhalden bilden dort, wo die Kohle leicht entzündlich ist, Gefahr, da sie leicht zu brennen beginnen kann. Dadurch ist auch die Leistungsfähigkeit der Belegschaften auf ein erbärmliches Maß herabgedrückt worden. Während die Leistung pro Mann vor dem Kriege 1,2 t betrug, ist sie jetzt auf 0,2 t gesunken. Der Abtransport der starken Kohlenhalden wird auch durch die Zerstörungen der Verkehrswege erschwert. Zudem weigert sich die staatliche Eisenbahnbehörde infolge der unsichern Zustände und bei der Wahrscheinlichkeit eines vierten Aufstandes die Verkehrswege wieder herzustellen.

Breslau, 3. August (Telegr.) Die oberschlesische Frage wurde heute vormittag im hiesigen Oberpräsidium vom preußischen Minister des Inneren Dominicus mit Vertretern aller Parteien und der Presse eingehend erörtert. Es kamen alle inner- und außerpolitischen Seiten der oberschlesischen Frage zur ausführlichen Besprechung, wobei die gegensätzlichen Auffassungen zum Ausdruck gebracht und begründet wurden. Als Ergebnis stellte der Minister am Schluß der Verhandlung den einmütigen Wunsch fest, daß nach der Erklärung der Parteien und der Preßvertreter für die bevorstehende schwere Zeit der Entscheidung über Oberschlesien die bestehenden Gegensätze vor dem Gebot der Einigkeit in dieser deutschen Lebensfrage zurücktreten habe.

Berlin, 3. August. (Telegr.) Einer Meldung aus Warschau zufolge soll die polnische Regierung den Ausschuß der Aufständischen in Sosnowice angewiesen haben, unter allen Umständen vor dem Losschlagen zum vierten und endscheidenden Aufstand die Entscheidung des Obersten Rats über das Schicksal Oberschlesiens abzuwarten. Die Warschauer Regierung behalte sich den Zeitpunkt und das Zeichen zum Aufstande ausdrücklich vor und warne vor unüberlegtem Handeln, damit sie nicht wieder an der Ausführung ihrer Pläne gehindert werden. Die Polen befürchten, auf englische Anregung könne eine zweite Abstimmung in den südlichen Grenzkreisen vorgenommen werden, da es sich mehr und mehr zeige, daß der Erfolg, den sie dort bei der Abstimmung erzielt hätten, nur unter dem Druck der polnischen Banden zustande gekommen sei.

Breslau, 3. Aug. Telegr. Die Interalliierte Kommission sieht sich auf Grund des zunehmenden Terrors der Polen, besonders der Gewalttätigkeiten gegenüber Arbeitern endlich veranlaßt, im Interesse des Arbeitslebens folgendes anzuordnen: Auf den Gruben und Werken im oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenbezirk ist es in letzter Zeit wiederholt zu Drohungen und Ausschreitungen gegen einzelne Beamte und Andersdenkende gekomen. Dieser Zustand hat häufig bedauerliche Differenzen, welche die Arbeitsmöglichkeit auf das empfindlichste stören, ergeben. Für zukünftige Beleidigungen und Körperverletzungen müssen schwere Gefängnisstrafen verhängt werden, sobald einzelne Fälle zur Anzeige gelangen. Man wird es begreiflich finden, daß im Interesse des oberschlesischen wirtschaftlichen Lebens alle Differenzen und Zwistigkeiten auf alle Fälle verhindert werden müssen.

Vor der Tagung des Obersten Rats

Der Standpunkt Englands

London, 3. August. (Telegr.) Daily Chronicle meldet: Am Samstag ist eine Sitzung des Kabinetts, die über die Haltung Großbritanniens in den Fragen, die auf der Konferenz des Obersten Rates zur Verhandlung kommen, beschließen soll. Lloyd George und Curzon fahren am Montag um 11 Uhr vormittags nach Paris ab. Wie der politische Vertreter des Daily Chronicle meldet, werden in den wahrscheinlich am Montag beabsichtigten wichtigen Erörterungen der Alliierten und der Finanzvertreter, die im Zusammenhang mit der Konferenz des Obersten Rates stattfinden und die Frage der deutschen Entschädigungen sowie andere Fragen betreffen. Auf britischer Seite werden Sir Robert Horne und Vertreter des britischen Schatzamtes teilnehmen, ein diplomatischer Mitarbeiter des Daily Telegraph schreibt: Zwischen den hauptsächlich beteiligten Mächten wird augenblicklich ein lebhafter Gedankenaustausch über das Programm der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates gepflogen. England hofft, daß die Konferenz nicht lange währt, und möchte einen baldigen Abschluß dadurch ermöglichen, daß die Beratungen auf Fragen beschränkt werden, die unbedingt ohne weitere Verzögerung gelöst werden müssen. Was Oberschlesien anbetrifft, so scheint trotz der „elastischen Ansichten" der italienischen Sachverständigen bisher wenig Aussicht zu bestehen, daß der Ausschuß der Techniker (Sachverständigen) zu einer Einigung gelangt. Pessimisten sind daher der Ansicht, daß der Oberste Rat nicht in der Lage sein wird, eine Lösung der Grenzfrage zu finden, sondern sich mit Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung wird begnügen müssen, wozu die Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien gehören kann oder auch nicht. Daily Telegraph zufolge ist man jedoch in britischen Kreisen entschlossen, daß die oberschlesische Frage endgültig geregelt werden soll. Die gleiche Ansicht herrscht mit Bezug auf die Sanktionen am Rhein. Die Engländer sind der Meinung, daß die neue Garantie-kommission, der einige der Verbündeten die Frage der Sanktionen überweisen wollen, nicht befugt sein kann, Maßnahmen von großer militärischer und wirtschaftlicher Wichtigkeit, die ursprünglich vom Obersten Rat getroffen wurden, aufzuheben. In einigen Kreisen besteht laut Daily Telegraph bereits Neigung zu einem Ausgleich in der Frage der Sanktionen, indem die Besetzung der Rheinstädte aufrechterhalten, dagegen die künstliche Zollgrenze aufgehoben wird. Bezüglich der Frage der Kriegsbeschuldigten erscheint es durchaus möglich, daß Frankreich und vielleicht auch Belgien den Wunsch zum Ausdruck bringen werden, die Beschuldigten selbst abzuurteilen.

London, 3. August. (Telegr.) Die Times mißt in einem Leitaufsatz der bevorstehenden Pariser Konferenz ungewöhnliche Bedeutung bei. Die Zeit für eine ernste Besprechung der internationalen Politik der Verbündeten sei gekommen. Aber heute deute alles darauf hin, daß die Regierungen des Verbandes im gegenwärtigen Augenblick nicht bereit seien, eine gründliche Erörterung vorzunehmen. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß die Konferenz nur zusammengeflickte Ausgleiche erzielen werde, und daß die dringendsten und schwierigsten Fragen in den Ausschüssen verschwinden würden.

Nach dem Manchester Guardian will die britische Regierung darauf dringen, daß in der Woche die gesamte oberschlesische Frage geregelt werde.

Das Blatt Pall Mall and Globe schreibt, auf der bevorstehenden Konferenz müßten Hintertüren vollkommen beseitigt werden. Wenn Frankreich sich mit dem polnischen Chauvinismus und einer Politik der Nadelstiche gegen Deutschland identifizieren wolle, müsse es das Risiko auf eigne Schultern nehmen. Europa brauche Frieden und industrielle Tätigkeit. Jede Nation, die diese Ziele vereitle, um selbst Vorteile daraus zu ziehen, lasse die gemeinsame Sache im Stich.

Die Westminster Gazette erklärt u. a., der Oberste Rat dürfe nicht auseinander gehen, ohne die oberschlesische Frage endgültig entschieden zu haben. Der Willensausdruck der oberschlesischen Bevölkerung müsse von den Verbündeten angenommen werden.

Pariser Zweckmeldungen

Paris, 2. Aug. (Telegr.) Das Journal des Debats beschäftigt sich heute abend mit der Arbeit des Sachverständigenausschusses, der seit dem letzten Donnerstag tagt und, wie aus den Aeßerungen des Echo de Paris heute vormittag hervorging, noch nicht in der Lage war, sich über eine praktische Lösung der Grenzfrage zu einigen. Das Blatt tritt dafür ein, daß eine Lösung gesucht werde, die Frankreich, Polen und den allgemeinen Frieden fördern könne. Es ist höchst bezeichnend für die französische Geistesverfassung, daß dieses Blatt von Deutschland in diesem Zusammenhang überhaupt nicht redet, dessen Interessen offenbar gar nicht in Frage kommen. Es ist deshalb notwendig, darauf hinzuweisen, daß man sich in Frankreich nicht täuschen soll, in welcher Beziehung eine gerechte Lösung der oberschlesischen Frage zu der Frage der Entschädigungszahlungen Deutschlands steht. Das Journal des Debats sagt, man müsse eine Uebergangslösung suchen, die das Industriegebiet teile. Das sei zwar nicht einfach, aber es sei nichts Utopisches. Als Grundlage für diese Einigung könne man Sforzas Vorschlag auffassen, indem man ihn zugunsten Polens abändere. Das Blatt verwahrt sich dagegen, daß einige Pariser Blätter ihm den Vorwurf gemacht haben, es schädige durch diesen Vorschlag die Polen. Die besten Freunde seien nicht die, denen man unerfüllbare Versprechungen mache. Jetzt müsse man zu einem Ziel gelangen. Man könne die anfangs begangenen Fehler nicht mehr gutmachen, aber vielleicht doch noch zu einer vernünftigen Lösung gelangen. Mit bloßen Phrasen erreiche man gar nichts.

Aus allem dem geht hervor, daß die Tage, die uns noch von dem Obersten Rat trennen, von französischer Seite dazu benutzt werden sollen, die öffentliche Meinung auf eine Uebergangslösung vorzubereiten. Man will offenbar, daß entweder die Sforzalinie angenommen wird oder, daß das Industriegebiet vorerst nicht geteilt, sondern für eine gewisse Zeit unter die Verwaltung der Verbündeten gestellt wird.

Paris, 4. August (Telegr.) Der Petit Parisien verbreitet unter Vorbehalt die Nachricht, Minister Rathenau und seine Mitarbeiter hätten, da sie sich darüber klar geworden seien, daß der größte Teil des Industriegebiets von Oberschlesien durch den Obersten Rat Polen zugesprochen werde, es für Deutschland unerläßlich gehalten, mit Polen ein wirtschaftliches Abkommen abzuschließen. Als Grundlage der Verhandlungen mit Polen solle ein Abkommen über die Ausbeutung der Bergwerksgebiete dienen, aber das Abkommen solle so ausgedehnt werden, daß es die Form eines allgemeinen Handelsabkommens zwischen Deutschland und Polen annehme. Minister Rathenau habe schon in Wiesbaden mit Minister Loucheur darüber sprechen wollen, aber der französische Minister habe sich nicht darauf einlassen wollen. Vor einiger Zeit habe in Warschau ein Herr Blankenstein im Namen der deutschen Regierung bereits mit dem polnischen Minister des Äußeren ähnliche Verhandlungen gepflogen.

Der Petit Parisien ist vorsichtig genug, diese Gerüchte unter Vorbehalt wiederzugeben, die offenbar nur einen rein agitatorischen Zweck haben, da bewiesen werden soll, daß Deutschland sich seines Rechts in Oberschlesien nicht bewußt sei. Wie man in hiesigen politischen Kreisen hört, sind die englischen und italienischen Sachverständigen durch kleinliche Mittel nicht mehr dazu zu bringen, sich von einem Standpunkt zu entfernen, den sie an Ort und Stelle gewonnen haben und der nicht mit dem französischen übereinstimmt.

Foch und Lerond an der Arbeit

Paris, 3. August. (Telegr.) In Paris scheint man die Anwesenheit des Generals Lerond dazu benutzen zu wollen, in der Frage der Truppenverstärkungen einen letzten entscheidenden Schlag zu führen. Marschall Foch und General Lerond sollen vom Obersten Rat gehört werden. Der Vertreter Frankreichs in Oppeln wird seinen Standpunkt dahin klarlegen, daß wenigstens eine Division Truppenverstärkungen notwendig sei für den Fall, daß am Tage der Verkündung der Entscheidung von deutscher oder von polnischer Seite, vielleicht auch von beiden Seiten, Kundgebungen zu erwarten seien. General Lerond hat verlangt, daß Verstärkungen an Ort und Stelle angekommen sein müßten, ehe das Ergebnis des Obersten Rates verkündet werde. Marschall Foch wird die Notwendigkeit betonen, Verstärkungen zu entsenden, und er wird eine Division als ihr Mindestmaß bezeichnen. Heute vormittag betonen nun in auffallender Weise das Echo de Paris und der Petit Parisien, man könnte aus Gründen der Sicherheit bei Eisenbahntransporten nur drei Militärzüge täglich durch Deutschland führen. Die Beförderung einer ganzen Division nehme 14 bis 20 Tage in Anspruch. Man frage sich deshalb, was der Oberste Rat tun werde, wenn er den Vorschlag des Generals Lerond annehme. Dann müsse er eben die Entscheidung über die oberschlesische Frage selbst aufschieben. Tut er es nicht, dann übernehme er eine große Verantwortung. Darf man daran erinnern, daß dieselben französischen Blätter während der Erörterung über die Truppenverstärkungen immer wieder betonten, man könnte eine Division in drei Tagen nach Oberschlesien senden?

Sport-Nachrichten

Voraussagen des Sport-Journals für die Rennen zu Hannover am 5. August.

1. Gestüt Mydlinghoven — Adrian Werburg
2. Hourka — Faschingsfee
3. Mörser — Stall Bürger — Rächer
4. Sardanapal — Gestüt Graditz — Oberfeldherr
5. Rosenbusch — Wirbel
6. Soldau — Persicus — Wilna
7. Gestüt Graditz — Gestüt Mydlinghoven
8. Romberg — San Martino

Zur Streiklage im Druckgewerbe.

Aus **Koblenz** wird uns mitgeteilt:

Die Buchdruckerei-Gehilfen in Koblenz hatten am Dienstag, den 26. Juli an die Besitzer der Buchdruckereien das Verlangen gestellt, innerhalb 48 Stunden über eine der Höhe nach zunächst nicht bestimmte Sonderzulage zu verhandeln. Die Buchdruckereibesitzer erklärten, daß sie nur durch Vermittlung des Tarifamtes die Verhandlungen zu führen in der Lage seien, und daß sie es ablehnen müßten, ihrerseits über Sonderzulagen zu verhandeln. In einer zu gestern Abend einberufenen Versammlung der Gehilfen wurde dieses Ergebnis mitgeteilt und alsdann über die in Aussicht genommene Arbeitseinstellung abgestimmt mit dem Ergebnis, daß sie abgelehnt wurde.

Die Auflage des Nachrichtenblattes der Kölner Zeitungen steigert sich von Tag zu Tag. Gestern sind bereits 170000 Exemplare herausgegeben worden, heute werden 210000 erscheinen. Wenn diese Zahl auch noch nicht entfernt an die Gesamtzahl der Bezieher der Kölner Blätter heranreicht, so ist sie doch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das Nachrichtenblatt nur durch die Post, im Einzelverkauf und durch Abholen von den Geschäftsstellen vertrieben werden kann, stattlich zu nennen. Die Auflage soll aber weiter gesteigert werden, bis das Nachrichtenblatt die Auflage erreicht hat, die der Verbreitung sämtlicher bürgerlichen Blätter Kölns entspricht.

Belgien.

Brüssel, 3. Aug. (Telegr.) Das Sprachengesetz für die Verwaltung ist mit 74 gegen 57 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen von der Kamer angenommen worden. Damit ist die Verwaltungssprache in Flandern flämisch und der vom Senat unternommene Versuch, jeder einzelnen Gemeinde die Entscheidung zu überlassen, gescheitert.

Der Ausschuß des Obermilitärgerichts hat einstimmig beschlossen, den Vorschlag, den General Weerbouck, der 1914 als Generalstabschef in Antwerpen wirkte, in die Inaktivität zu versetzen, aufrecht zu erhalten.

Künftig soll neben dem 21. Juli auch der 4. August ,der Tag, an dem im Jahre 1914 deutsche Truppen die belgische Grenze überschritten, als Nationalfeiertag gelten.

Großbritannien.

Die Vorschläge der Regierung von de Valera angenommen.

Paris, 3. August (Telegr.) Das Journal meldet aus London: Von sehr guter Seite wird berichtet, de Valera die Angebote der englischen Regierung unter dem Vorbehalt leichter Anderungen bezüglich Nordirlands, angenommen habe.

London, 3. Aug. (Tlegr.) Daily Harald veröffentlicht an hervorragender Stelle einen dem Blatt drahtlos übermittelten Aufruf des Vollzugsausschusses der Dritten Internationalen a ndie Arbeiter der Welt, worin diese um ihre Unterstützung bei der großen Hungersnot in Rußland gebeten werden.

Italien.

Die italienische Außenpolitik.

Rom, 1. August. Im Senat erklärte der Minister des Aeußeren Della Toretta, die äußere Politik Italiens müsse im wesentlichen vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte geleitet sein, denn Italien brauche die ausländischen Rohstoffe und ausländischen Märkte. Durchaus erforderlich sei, daß das Gleichgewicht am Mittelmeer nicht weiter zu Italiens Nachteil verändert werde. Demzufolge sei die Unantastbarkeit und Verwirklichung der durch den Dreiverband Italien zugesicherten Vorteile sicherzustellen. Es bedürfe daher einer Verständigung mit den Alliierten und einer Politik im Geiste loyalster Zusammenarbeit. Der Minister erklärte weiter, Italien habe in Angora wegen der Zwischenfälle von Adalia Protest eingelegt und seine Seestreitkräfte in Konstantinopel verstärkt. Der Zweck dieser Maßnahme sei einerseits Warnung, andererseits sei sie als ein möglicherweise notwendig werdender Beitrag zu der Verteidigung der Meerengen durch die Alliierten anzusehen. Es sei unbedingt erforderlich, daß die Meerengen für die friedliche Schiffahrt geöffnet bleiben.

Bezüglich Albaniens erklärte der Minister, Italien sei am meisten an dem Schicksale des Nachbarlandes interessiert und müsse darüber wachen, daß die von Italien zugunsten der Unabhängigkeit Albaniens ergriffenen Schritte nicht zum Vorteil der anderen unter Schädigung der Freiheit Albaniens und der lebenswichtigen strategischen Interessen Italiens auslaufen. Sollte gegen alle Voraussicht und gegen Italiens Wunsch das von Italien aufgestellte Programm undurchführbar sein, so müsse die ganze albanische Frage nochmals auf der Grundlage der vorherrschenden Interessen Italiens geprüft werden, die von den Alliierten bereits anerkannt seien.

Rom, 3. Aug. (Telegr.) Im auswärtige Ausschusse betonte General de Marini, der erste Vertreter Italiens in Oppeln, daß die Kohlen- und Erzlager sich über Oberschlesien erstreckten und einen Zusammenhang des dortigen Industriebezirks herstellten, die eine Teilung unmöglich mache. 90 v. H. der Bergwerke und Fabriken seien zudem in deutscher Hand. Der neue Minister des Aeußeren Della Toretta vermied in seiner gestrigen Rede jede Stellungnahme zur oberschlesischen Frage.

Der griechisch-türkische Krieg.

Die Türken für Fortsetzung der Kämpfe.

Angora, 1. August. (Telegr.) Die große türkische Nationalversammlung hat in feierlicher Sitzung sich dafür erklärt, den Krieg bis zum endgiltigen Siege fortzusetzen, der allein die Verwirklichung der nationalen Bestrebungen gewährleistete. sie gab der Regierung unbeschränkte Vollmacht in dieser Hinsicht. Die Regierung erklärte sofort, daß sie die Mobilisierung fortsetzen und sich auf einen Winterfeldzug einrichten werde. Diese Erklährung wurde von der Versammlung mit Beifall aufgenommen, die fernerhin beschloß, keine Intervention der alliierten Mächte bis zur endgültigen Beendigung des Krieges zu erbitten.

Eine Schlappe der Griechen?

Konstantinopel, 1. August. (Telegr.) Aus türkischer Quelle wird gemeldet, daß die Griechen vor Sivri Hissar einen Fehlschlag erlitten haben. Die geschlagene grichische Armee weiche auf Eski Schehir zurück und überlasse dem Sieger eine ungeheuere Menge Waffen, Munition und Gefangene. Der Oberkommandant der Kaukasusarmee, der Oberkommandant der Armee von Kurdistan und der Befehlshaber der Truppen in Cicilien haben Befehl erhalten mit ihren Truppen auf den griechischen Kriegsschauplatz zu begeben. Man erwartet in der nächsten Zeit wichtige Ereignisse.

Paris, 3. August. (Telegr.) Die Radio-Agentur meldet aus Athen, der englische Botschafter habe dem griechischen Minister des Aeußern ein längeres Telegramm Lloyd Georges über die Orientangelegenheit übermittelt. In halbamtlichen Kreisen erklärt man, England legen den von Griechenland verfolgten Zielen kein Hindernis in den Weg, selbst der Besetzung Konstantinopels durch griechische Truppen nicht. Auf französischer Seite wird diese Nachricht mit großer Vorsicht aufgenommen.

Spanien.

Spaniens Einbuße in Marokko.

Paris, 2. Aug. (Telegr.) Nach Meldungen des Journal aus Madrid darf man den in Umlauf gesetzten Krisengerüchten keine allzu große Wichtigkeit beimessen. Der König hat sich zwar mit den Parteiführern in Verbindung gesetzt, aber hauptsächlich deshalb, um eine Politik festzulegen, die in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung in Marokko zu befolgen ist. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob spanische Militäroperationen in größerm Umfang eingeleitet werden sollen, um das ganze verlorene Gebiet bis Alhucmas wieder zu erobern oder ob das Vorgehen nur bis Kert ausgedehnt werden soll. Nach dem amtlichen Kommunique ist die Lage im allgemeinen wenig verändert. Die vorgeschobenen Posten von Arruit und andere sind durch Flugzeuge neu verproviantiert worden. Die Stellung des Generals Warraro wurde mit 48 Schuß Artillerie aus etwa zwei Kilometer Entfernung belegt. Durch diese Beschießung wurden beträchtliche Verluste an Mannschaft und Material zugefügt. Die Aufständischen haben dem Befehlshaber Nadow angeboten, die Besatzung abziehen zu lassen unter der Bedingung, daß sie ihre Waffen und Munition abliefera. Der spanische General hat dieses Ansinnen abgelehnt.

Madrid, 1. August. (Telegr.) Nach dem hier gestern eingegangenen Bericht ist die Lage in Maroko unverändert. Flugzeuge vermitteln weiter die Verpflegung der auf den Bergen Arquit und Zeluan versammelten Truppen. General Navew verteidigt sich mit den ihm noch verbliebenen Truppen. In politischen Kreisen begründet man die Verzögerung des Vormarsches des Generals Beringuer mit der Angabe, daß er alle Stellungen, die er wiedernehme, stark befestige, um jede mögliche Ueberraschung zu vermeiden.

Rußland.

Kopenhagen, 3. Aug. (Telegr.) Nach Meldungen russischer Flüchtlinge, die in Reval angekommen sind, wird der auf Mostau flüchtenden Bevölkerung der Zutritt zur Stadt verweigert. Die ganze Stadt ist von starken Militärabteilungen umringt. Bei zu heftigem Vordringen der Flüchtlinge werden sie angeblich durch Gas zurückgetrieben. Weiter wird mitgeteilt, die Ernte in der Petersburger Gegend sei übermittel. In Petersburg kommen jede Woche fünf bis sechs Schiffe mit Lebensmitteln an, zumeist deutsche und französische.

Amerika.

Einverständnis der Entente mit dem Friedensschluß.

London, 2. Aug. (Telegr. Der Washingtoner Korrespondent der Morningpost erfährt aus gutunterrichteter, aber nicht amtlicher Quelle, daß die Washingtoner Regierung, bevor sie Deutschland die Eröffnung der Verhandlungen über einen Sonderfrieden vorschlug, sich mit den Hauptsignatarmächten des Versailler Vertrages offiziös besprach, um sich zu vergewissern, daß sie in dem Abschluß dieses Vertrages durch die Vereinigten Staaten keine Schwierigkeiten sähen. Anlaß dazu gab der Umstand, daß der Vertrag mit Deutschland die Vereinigten Staaten aufgrund der wirtschaftlichen und Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrages zustehenden Rechte und Privilegien umfassen werde. Der Korrespondent fügt hinzu, daß die Alliierten natürlich keinerlei Widerspruch erhoben hätten.

London, 2. August (Telegr.) An der Washingtoner Abrüstungskonferenz sollen teilnehmen: England, (dessen Delegierten auch Japan., China und die Vereinigten Staaten. Sowohl Lloyd George als auch Briand werden der Konferenz beiwohnen.

Deutschland.

Die Reichstreuhand-Gesellschaft

Bei der Beratung des Reichshaushalts im Haushaltsausschuß wie bei der zweiten und dritten Lesung des Haushalts hatte der Abgeordnete Dr. Quaatz die Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, ob es richtig sei, daß die Reichsregierung beabsichtige, die mehere hundert Millionen Mark umfassenden Wertbestände der „Reichstreuhandgesellschaft" an eine Privatfirma zu übertragen. Zunächst war eine Antwort auf keine der drei Anfragen erteilt worden. Dr. Quaatz wiederholte seine Anfrage zum vierten Male und fügte folgende Frage hinzu:

Wie hoch sind die Wertbestände der Treuhandgesellschaft anzuschlagen? Auf welche Weise sind sie der Treuhandgesellschaft zugeflossen? Wo finden sich die entsprechenden Posten im Reichshaushalt? Werden die Abschlüsse der Reichstreuhandgesellschaft dem Reichstag vorgelegt werden? Welches sinddi Gründe, welche die Reichsregierung bisher verhindert haben, der Volksvertretung in einer die öffentliche Moral berührenden Sache offenen Aufschluß zu geben?

Vom Reichsschatzminister ist nun folgende Antwort erteilt worden:

Schon bei der Beratung des Haushaltungsplans im Herbst 1919 wurde von dem damaligen Reichsschatzminister im Reichsrat und im Haushaltungsausschuß der verfassungsgebenden Nationalversammlung mitgeteilt, daß der kaufmännische Teil der Verwertung des entbehrlich gewordenen Militärguts auf eine private Gesellschaft übertragen werden solle. Dieser Plan ist ausgeführt und die Reichstreuhandgesellschaft zu Anfang 1920 gegründet worden. Ihre Aktien befinden sich in folgenden Händen: Deutsches Reich, Land Preußen, Land Bayern, Land Sachsen, Land Baden, Reichsverband der Deutschen Industrie, Zentralverband des Deutschen Großhandels, Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte, Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, Deutscher Handwerker- und Gewerbekammertag, Deutscher Städtetag, Verband preußischer Landkreise, Hauptgemeinschat des deutschen Einzelhandels. Der Reichsfiskus hat mit der Reichstreuhandelsgesellschaft alsbald einen Vertrag geschlossen, wonach sie als Kommissionärin des Reiches die Verwertung der erwähnten Güter zu übernehmen bezw. sie zu zerstören oder abzuliefern hat. Ueber den Inhalt des Gesellschaftsstatuts der Reichttreuhandgesellschaft und über den erwähnten Kommissionsvertrag ist aus Anlaß der Beratung des Reichshaushalts schon wiederholt Auskunft gegeben worden.

Eine Uebertragung der reichseigenen Bestände in das Eigentum der Reichstreuhandgesellschaft hat nicht stattgefunden und war nicht beabsichtigt. Ebensowenig war und wird beabsichtigt, diese Bestände insgesamt an eine andere Privatgesellschaft zu übertragen. Sie bleiben vielmehr unverändert im Eigentum des Reichs, bis sie endgültig verkauft oder angeliefert sind.

Die Verkaufserlöse fließen der Reichskasse zu, Ihre richtige Abführung, ebenso wie alle Abrechnungen, werden durch besondere Prüfungsbeamte des Reichsschatzministeriums überwacht. Außerdem unterliegt die Verwertungs-, Zerstörungs- und Ablieferungstätigkeit der Reichstreuhandgesellschaft auch der Prüfung durch den Rechnungshof des Deutschen Reiches. Die Erlöse aus den Verkäufen durch die Reichstreuhandgesellschaft werden in der Reichshaushaltsrechnung bei Kapitel 1 Titel 3 (früher 2) der Einnahmen des außerordentlichen Haushalts nachgewiesen. Die Gewinne aus der Beteiligung des Reiches an der Gesellschaft erscheinen als Einnahme bei Kapitel 2. Titel 7 der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes. Nur so weit die Reichstreuhandgesellschaft Gegenstände für ihre eigene Geschäftsführung benötigt, z. B. Bureaumöbel, Schreibmaterialien, sind sie ihr zu Eigentum übertragen worden, und zwar nur in den erforderlichen Mengen und gegen Bezahlung des vollen Wertes. Auch diese Beträge sind als Verwertungserlöse ordnungsmäßig vereinnahmt.

Als Aktiengesellschaft privaten Rechts ist die Reichstreuhandgesellschaft verpflichtet, alljährlich ihre Bilanz sowie ihre Gewinn und Verlustrechnung, zu veröffentlichen. Für das erste Geschäftsjahr ist das geschehen im Reichsanzeiger Nr. 112 vom 17. Mai 1921. Der Geschäftsbericht hat in den Räumen der Gesellschaft zur öffentlichen Einsicht ausgelegen.

Die Holländischen Goldmarkkredite.

Berlin, 3. Aug. Die Gesamtsumme der durch Vermittlung des Hauses Mendelsohn & Co. Amsterdam beschafften Goldmarkkredite beträgt nunmeh 250 Mill. Goldmark, und man kann immerhin damit rechnen, daß in nächster Zeit noch einige weitere Beträge hinzukommen. Über die Fälligkeiten ist, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt, Bestimmtes bisher nicht bekanntgegeben worden. Es steht jedoch fest, daß sie je nach der Hergabe der einzelnen Kredite verschieden sind und sich auf lange Dauer erstrecken. Von einem Reichstagsabgeordneten sind inzwischen Fragen bezüglich des holländischen Abkommens an die Regierung gestellt worden, und zwar vor allem bezüglich der Vorbehalte, die Holland gemacht hat. Es handelt sich hierbei in erster Reihe um die vorgesehene Lieferung von Steinkohlen. Diese Anfragen haben nach unseren Informationen, so heißt es in dem genannten Blatte weiter, durchaus ihre volle Berechtigung, da der holländische Kredit zweifellos mit diesen Steinkohlenlieferungen in Verbindung zu bringen ist.

Russische Diktatur.

Bochum, 3. August. (Telegr.) In der gestern abgehaltenen, von der U. S. P. einberufenen Versammlung, die stark besucht war, befaßte man sich mit dem Zustande in Rußland. Volkswirtschafter Minck aus Charlottenburg sprach über das Thema: Die Wahrheit über Sowjetrußland. Er verbreitete sich besonders über die unerträgliche Diktatur der Botschewiken. Rußland habe keine proletarische Regierung, sondern die Arbeiterschaft stehe vollständig unter der Diktatur der Sowjetbourgoisie. Die eingebrachte Entschließung, dem hungernden Rußland zur Hilfe zu kommen, wurde von der kommunistischen Mehrheit abgelehnt, wobei der unabhängige Bochumer Abgeordnete Otto erklärte, daß nunmehr keine Hilfsaktion in Bochum eingeleitet werde. Die Versammlung schloß unter großer Unruhe.

Briefzensur im besetzten Gebiet.

Berlin, 3. August (Telegr.) Die Reichspostverwaltung verbreitet folgende Warnung: „Die Interalliierte Rheinlandskommission in Koblenz hat sich im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassnen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht zugesprochen, jederzeit die Aushändigung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Interalliierte Kommission kann sonach die Überwachung des Postverkehrs jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebietes ohne weiters ausüben lassen; sie verfährt auch dementsprechend und richtet auf bestimmte oder unbestimmte Zeit bald in diesem, bald in jenem Orte des besetzten rheinischen Gebietes Postüberwachungsstellen ein. Da die Anordnung über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen gänzlich von dem jeweiligen Belieben der obersten Besatzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. Es ist aber dringend erwünscht, daß die Absender von Briefen usw. nach Orten in den besetzten rheinischen Gebieten sich dieser Sachlage immer bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendung ihnen selbst und insbesondere auch gem Empfänger zum Nachteile gereichen könnte.

Gegen die „Sanktionen".

Zweibrücken, 2. August. Der Stadtrat befaßte sich mit den in Zweibrücken als Grenzstadt besonders drückend empfundenen Wirkungen der „Sanktionen", um einstimmig eine von Stadtrat und Geh. Justizrat Schuler im Einverständnis mit allen Führern der Stadtratsfraktionen eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts anzunehmen: „Die Sanktionen, insbesondere die Rheinzollinie, verursachen dem wirtschaftlichen Leben der Stadt Zweibrücken tiefgreifende Schäden; sie erschweren und verteuern den Bezug von für Industrie und Gewerbe dringend notwendigen Waren und Rohstoffen aus dem rechtsrheinischen Deutschland und hemmen den Absatz der Erzeugnisse der Zweibrücker Betriebe, namentlich der Schuh-, Zigarren-, Textil- und Eisenindustrie. Unter den Sanktionen leiden mit der Industrie und dem Gewerbe auch die darin beschäftigten Angestellten und Arbeiter, ferner die ganze verbrauchende Bevölkerung. Der Stadtrat, als berufenes Organ dieser gesamten Bevölkerung der Stadt richtet deshalb an die bayerische Staatsregierung und die Reichsregierung die dringende Bitte, mit allen Mitteln auf die gänzliche Aufhebung der Sanktionen, insbesondere der Rheinzollinie, zu drängen, da sie mit den Wünschen und Interessen der Bevölkerung in Widerspruch stehen". Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Rau wurde beauftragt, diese Entschließung unverzüglich den maßgebenden Stellen zuzuleiten.

Branntweinversorgung im besetzten Gebiet.

Nachdem die Branntweinversorgung im besetzten Gebiet zunächst dem Alkoholausschuß der Rheinlandkommission unterstellt worden ist, und die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Rheinlandkommission noch nicht zum Abschluß gelangt sind, hat der auf Anordnung der Rheinlandkommission gebildete Beirat der Alkohol verarbeitenden Industrieen die vorläufige Verteilung von Branntwein an die verarbeitende Industrie übernommen, um keine Störung in den Betrieben eintreten zu lassen. Die Alkohol zu gewerblichen Zwecken verarbeitenden Betriebe haben sich, soweit sie dies nicht schon getan haben, bei dem für sie zuständigen Gruppenführer zu melden und anzugeben, welche Alkoholmengen sie gebrauchen, welches Monatskontingent ihnen zusteht, und welche Qualität sie gebrauchen. Die Gruppenführer werden nach Eingang der Meldungen von der Rheinlandkommission die Freigabe der notwendigen Mengen beantragen. Da es sich um den Aufbau einer sehr weit verzweigten Neuorganisation handelt, müssen die beteiligten Kreise etwas Nachsicht und Geduld üben. Im übrigen werden die Bemühungen, eine Verständigung zwischen der Reichsregierung und der Rheinlandkommission herbeizuführen, fortgesetzt.

Freigabe der Südfrüchte.

Der Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete teilt uns mit: Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung ersucht, die Zollstellen mit Wirkung vom 15. August 1921 ab zu ermächtigen, die Einfuhr von Rosinen, Korinthen, Mandeln, Feigen, Hasel- und Walnüssen (diese aber nicht gemahlen, nicht zerkleinert oder sonst zubereitet) bis zum 15. Januar 1922 ohne besondere Bewilligung zur Einfuhr zuzulassen. Mit Rücksicht auf diese Anordnung sieht der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die bei ihm oder bei dem Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung oder bei einer sonstigen Stelle eingereichten Anträge auf Erteilung der Einfuhrbewilligung für die vorgenannten Waren als erledigt an, es werden auf diese Anträge besondere Antworten nicht mehr erteilt.

Warenverkehr des besetzten Gebietes mit der Leipziger Messe.

Firmen des besetzten Gebietes, welche die Leipziger Messe beschicken wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie der Vergünstigungen teilhaftig werden können, welche in den von der Interalliierten Rheinlandkommision dem Grundsatze nach anerkannten deutschen Bestimmungen über den Rückwarenverkehr enthalten sind. Im Rückwarenverkehr sind weder Ausfuhrbewilligungen noch Einfuhrbewilligungen des Ausfuhramtes Ems notwendig, noch die Rheinzölle zu zahlen. Die betreffenden Firmen haben ihre Anträge auf Zulassung zum Rückwarenverkehr (Ausstellungsverkehr) mit der Leipziger Herbstmesse an ihr zuständiges Hauptzollamt zu richten. Beim Versand an sich bewilligungspflichtiger Waren ,ist höchstens der doppelte Rheinzoll zu hinterlegen, beim Versandt an sich bewilligungsfreier Waren der einfache Rheinzoll. Die tatsächliche Hinterlegung des Rheinzolls kann bei Firmen, deren Zuverlässigkeit bekannt, am besten wohl von der Handelskammer beglaubigt ist, durch eine persönliche Bürgschaft ersetzt werden. Der auf dem Hauptzollamt tätige alliierte Delegierte des leitenden Zollausschusses wird in jedem einzelnen Falle die Frist bestimmen, binnen welcher die Ware, welche auf der Leipziger Herbstmesse ausgestellt werden soll, ins besetzte Gebiet zurückgebracht sein muß. In der Regel wird diese Frist 3 Monate nicht überschreiten. Nach Rückkehr der Ware wird dann der hinterlegte Rheinzollbetrag zurückgezahlt werden.

Einfuhrerleichterungen für die Breslauer Herbstmesse.

Der Reichswirtschaftsminister gibt bekannt, daß die Zollstellen ermächtigt werden, die Ein- und Wiederausfuhr von Waren, die zur Ausstellung auf der vom 4. bis 8. September 1921 in Breslau geplanten Herbstmesse bestimmt und als solche in den Begleitpapieren bezeichnet sind, unter der Bedingung ohne Ein- bezw. Ausfuhrbewilligung zuzulassen, daß sie unter Zollkontrolle auf einem Breslauer Zollamt abgefertigt werden, während ihres Verbleibs in Deutschland im Vormerkverfahren unter Zollsicherung bleiben und binnen 4 Wochen nach Schluß der Messe wieder ausgeführt werden. Die Wiederausfuhr muß dem betreffenden Zollamt gegenüber sichergestellt werden.

Wechsel im Memeler Landesdirektorium.

Memel, 1. August. Der Präsident des Landesdirektoriums Oberbürgermeister Altenberg, hat, wie das Memeler Dampfboot meldet, am 23. Juli dem Oberkommissar Petisne sein Rücktrittsgesuch überreicht. Der Oberkommissar hat dieses Rücktrittsgesuch am 30. Juli angenommen und folgendes Schreiben (in Uebersetzung) unter dem 31. Juli an Oberbürgermeister Altenberg gerichtet: Durch Schreiben vom 23. Juli haben Sie mir mitgeteilt, daß die augenblicklichen Verhältnisse Ihnen nicht gestatten, in Ihrem Amte als Präsident des Landesdirektoriums zu verbleiben, und mich gebeten, Ihr Ausscheiden zu genehmigen. Ich kann leider Ihrem Wunsche nicht entgegentreten. Ich bedaure auf das lebhafteste, daß Sie Ihr Amt niederlegen, zu dem Sie besonders befähigt waren und das Sie mit so großer Hingabe im Interesse des Gebietes verwaltet haben. Ich bin überzeugt, daß Sie trotz des von Ihnen gefaßten Beschlusses, welche Stellung Sie auch einnehmen, nicht aufhören werden, für das weitere Gedeihen des Gebietes zu wirken. Im Anschluß daran meldet das Memeler Dampfboot, Oberkommissar Petisne verhandle zur Zeit mit führenden Männern des Memeler Gebietes über die Neubesetzung des Präsidiums.

Städtisches

Eine deutsch-belgische Friedenskundgebung in Köln.

In den Sälen des Volkshauses an der Severinstraße fanden am Dienstagabend zu gleicher Zeit zwei stark besuchte Versammlungen der sozialdemokratischen Partei statt, die aus Anlaß des Jahrestages des Kriegsausbruchs mit der Losung „Nie wieder Krieg!" als Kundgebungen für den Frieden gedacht waren. Der belgische Sozialistenführer de Brouckere und der Führer der belgischen Jungsozialisten, Hoyaux, die zusammen mit anderen belgischen Sozialisten vom sozialdemokratischen Jugendtag in Bielefeld kamen, traten als Redner auf. Hoyaux sprach über die Ziele der Bielefelder Kundgebung und über den Sozialismus im allgemeinen. Er feierte den Frieden und forderte auf zu engerem Zusammenschluß in der Internationale. Hoyaux sprach französisch; hinterher wurde die Rede dann noch deutsch verlesen. de Brouckere gab, ebenfalls in französischer Sprache, ein Bild von den Kriegsschicksalen Belgiens in den früheren Jahrhunderten bis in den Weltkrieg. Vom Völkerbund und von den Diplomaten sei Abrüstung nicht zu erwarten, die Arbeiter aller Länder müßten sie erzwingen. Die internationale Arbeiterschaft müsse die Karte Europas so gestalten, daß jedes Volk in dem ihm von der Natur zugewiesenem Gebiet unbedroht wohnen könne. Ueber Deutschland sagte de Brouckere, die Arbeiterschaft könne auf die Republik, auf ihr eigenstes Werk stolz sein; es dürfe aber noch der Festigung, denn es werde dauernd von inneren und äußeren Feinden bedroht. Die inneren Gegner Deutschlands, die Kappisten, Junker, Kapitalisten, seien zugleich auch die Feinde Belgiens, denn sie seien ja zugleich die Nationalisten und Imperialisten. Die äußeren Feinde Deutschlands seien nicht das belgische, das französische, das englische „Volk" als Ganzes, sondern lediglich die Kapitalisten dieser Länder. Die Sozialisten Belgiens, Frankreichs, Englands würden ihnen scharf entgegentreten und dadurch sich selbst und dem deutschen Volke dienen. Was das Schicksal der Rheinlande angehe, so teilen seine neuesten Leiden, die „Sanktionen" nichts als eine Rache der Kapitalisten der früher feindlichen Länder; sie teilen völlig ungerecht und unberechtigt. Die Maßnahmen der Verbündeten seien auch deshalb gefährlich, weil sie sich gegen das demokratische Deutschland richten und die Reaktion stören. deBrouckere schloß, seine belgischen Parteifreunde würden alles tun, was sie könnten, um Deutschland den Ehrenplatz unter den Völkern zu geben, der ihm gebühre und um Europa einen dauernden Frieden zu sichern. Die Sozialisten in Belgen werden dafür sorgen, daß die Bedrückungen Deutschlands bald verschwänden.

Zu Anfang der Versammlung hatte Reichstagsabgeordneter Sollmann, Köln, einige Worte gesprochen; die Schlußansprache hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Meerfeld, Köln.

Ein Beleidigungsprozeß gegen Smeets.

Der Beleidigung angeklagt, erschien vor der dritten Strafkammer der Redakteur des Blattes „Rheinische Republik", Joseph Smeets in Köln. Nach der Anklage ist der Polizeikommissar Pfitze beim Kölner Polizeipräsidium beleidigt, in Fortsetzung einer Preßfehde hinsichtlich eines Film der die Rheinlande behandelte. Vor der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses stellte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Wolf aus Düsseldorf, mehrere Vertagungsanträge. U. a. könne nach den Artikeln 27 und 90 der interalliierten Kommission die Strafverfolgung nur mit deren Einverständnis stattfinden, weil der Angeklagte und die Kommission in Beziehungen stünden. Weiter lehnte er die Richter ab die nicht geborene Rheinländer seien. „Ausländische Preußen", wie der Angeklagte solche Richter nenne, entbehrten der Objektivität. Der erste Staatsanwalt Dahm ersuchte alle Vertagungsanträge abzulehnen. Die Interalliierte Kommission habe keinen Antrag gestellt dahin, daß Smeets ihr Dienste leistete oder mit ihr in Beziehungen stünde, der zweite Paragraph erstrecke sich auf den Umstand, daß die Tat vor dem Waffenstillstand geschehen sein müsse. Daß ein Gericht überhaupt nicht eingreifen dürfe in solchen Fällen, sei der Staatsanwaltschaft nicht bekannt. Was die Ablehnung der Richter angehe, so sei diese nicht im einzelnen begründet und daher abzuweisen. Nunmehr lehnt der Verteidiger das ganze Gerichtsbefangen ab. Erster Staatsanwalt Dahm ersuchte auch diesen Antrag als jeder Grundlage entbehrend abzulehnen. Das Gericht beschloß dann Vertagung; es sei nicht die Frage für das Gericht, ob Rheinland Republik, nicht ob es zu Deutschland oder zu Frankreich gehöre, sondern ob hier eine Beleidigung vorliege. Dem Verteidiger wurden dann die Namen der Richter genannt, die in vorletzten und letzten Ferienviertel bis zum Schluß in Frage kämen. Der Verteidiger bemerkte noch, daß er sich auf Para h 193, Wahrung berechtigt Interessen, er stützen werde, wobei der politische Hintergrund der Sache allerdings eine große Rolle spiele.

Gepäckträgergebühren im Kölner Hauptbahnhofe. Bei der Handelskammer zu Köln sind in der letzten Zeit oft Klagen eingelaufen darüber, daß die Gepäckträger im Kölner Hauptbahnhofe für die Besorgung von Reisegepäck innerhalb des Bahnhofsgebietes insbesondere aber auch zum Bahnhofsvorplatz bezw. zu den Droschken, Autos und Hotelwagen ungebührlich hohe Sätze verlangen. So werde für Beförderung von Gepäck von den Gepäckträgern der höhere Stadttarif in Anwendung gebracht, wenn sie nur das betreffende Gepäckstück einige Schritt weit auf den Bahnhofsvorplatz zu den Autos, Droschken oder Hotelwagen zu bringen hätten. Gelegentlich mündlicher Besprechung hat die Handelskammer zu Köln die Eisenbahndirektion Köln auf diesen Mißstand hingewiesen und um Abhilfe gebeten. Die Eisenbahndirektion teilte der Handelskammer nunmehr mit, daß für die Besorgung von Reisegepäck auf den Bahnhofsvorplatz zu den Droschken, Autos und Hotelwagen nach dem Tarif von den Gepäckträgern nur die einfachen innerhalb des Bahnhofsgebietes gültigen Sätze genommen werden dürfen. Wegen der Ueberforderungen sei das Verkehrsamt mit erneuter Anweisung versehen und den Gepäckträgern nochmals die Beachtung des Tarifs zur Pflicht gemacht worden. Die Handelskammer empfiehlt den Reisenden Fälle von Ueberforderungen der Gepäckträger unverzüglich dem Verkehrsamt Köln unter möglichst genauer Bezeichnung des schuldigen Gepäckträgers mitzuteilen, damit die Eisenbahnverwaltung die Möglichkeit hat, diesem Mißstande wirksam entgegen zu tretee. Der z. Z. für die Gepäckbeförderung gültige Tarif vom 1. März 1921 kann bei der Handelskammer zu Köln eingesehen werden.

Die Eisenbahndirektion Köln teilt mit, daß mittlerweile auch in Köln-Gereon eine Zollabfertigungsstelle für Frachtgut errichtet worden ist. Die für Köln-Gereon bestimmten Zollgüter brauchen demnach nicht mehr in Köln-Bonntor abgefertigt zu werden.

Der Zwang zur Einstellung Schwerbeschädigter. Auf grund des § 5 des Gesetzes vom 6. April 1920 über die Beschäftigung Schwerbeschädigter hat der Reichsarbeitsminister eine Verordnung vom 21. Juli 1921 erlassen, welche am 1. August 1921 in Kraft getreten ist und die bestimmt, daß private Arbeitgeber auf 20 bis einschließlich 50 insgesamt vorhandene Arbeitnehmer ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen haben. Während also bisher die Einstellungspflicht erst bei 25 Arbeitnehmern begann, tritt sie nunmehr bereits bei 20 ein. Die Verordnung besagt ferner, daß auf je 50 weitere Arbeitnehmer ein weiterer Schwerbeschädigter zu beschäftigen ist. Ein Überschuß von 20 wird dabei vollen 50 gleich gerechnet. Bei Berechnung dieser Zahlen werden mehrere Betriebe, Büros und Verwaltungen desselben Arbeitgebers insoweit zusammengefaßt, als sie sich im Bezirke der gleichen Hauptfürsorgestelle oder in den Bezirken unmittelbar aneinander grenzender Hauptfürsorgestellen befinden. Die in Frage kommenden Firmen werden ersucht, der Einstellungspflicht bis zum 30. August ds. Js. zu genügen. Geeignee Schwerbeschädigte sind von der Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, Köln, Sternengasse 5 (Fernsprecher A 8757 bis 58 und Rathaus 43) anzufordern. Arbeitgeber, welche der Einstellungspflicht sofort nachkommen, haben den Vorteil einer Auswahl unter den arbeitslos gemeldeten Schwerbeschädigten. Zweckmäßig setzen sich die Firmen persönlich mit der Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte in Verbindung.

Westdeutschland

Barmen, 2. August. Ein tragischer Todesfall führte zu dem früheren Abbruch der vom 25 bis 31 Juli in Barmen abgehaltenen Tagung des Verbandes der Kommunalbeamten und -angestellten Preußens (e. V.). Der erste Vorsitzende des Verbandes Oberbürgermeister Scheibig-Charlottenburg erkrankte während der Tagung so schwer, daß die Verhandlungen nicht weitergeführt werden konnten. Scheibig ist nach wenigen Stunden gestorben.

Mainz, 2. August. Der am 21. Juli über die rheinhessischen Städte durch die Bauernorganisation in Rheinhessen, die Vereinigte Freie Bauernschaft verhängte Milchstreik ist nach zweitägiger Dauer jetzt durch eine Einigung auf einer mittleren Linie beendigt worden. Die Landwirte hatten bis in die letzten Tage des Streiks auf einem Stallpreis von drei Mark für den Liter Vollmilch beharrt, haben aber jetzt erheblich zurücklenken müssen. Es wurde gestern in einer Besprechung des Bundes der Städte in Hessen und Hessen-Nassau mit den Vertretern der maßgebenden landwirtschaftlichen Körperschaften beider Gebiete ein Stallpreis von 2.50 Mark vereinbart.

Das ist der gleiche Preis, der dieser Tage in einer erregten Mainzer Besprechung die Städte als höchstzulässig bezeichnet hatten, den aber die Bauern rundweg abgelehnt hatten, ebenso wie sie überhaupt jede weitere Verhandlung mit dem Städtebund ablehnten.

Aachen, 3. Aug. (Telegr.) Die Bergarbeiter der holländischen Comanialgrube sind wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die deutschen auf holländischen Zechen arbeitenden Bergarbeiter haben sich dem Streik angeschlossen.

Neueste Nachrichten

Das Schicksal der beschlagnahmten Donauschiffe

Paris, 2. August. (Telegr.) Der Schiedsrichter für die in den Friedensverträgen erwähnten internationalen Fragen der Schiffahrt, Walter d'Hines, hat heute seine Entscheidung in der Frage der Donauflotille, die ihm auf grund der Bestimmungen der Friedensverträge mit Deutschland, Österreich-Ungarn und Bulgarien vorgelegt worden waren, bekannt gegeben. Eine der am meisten umstrittenen Fragen war die, zu wissen, ob die gegen Ende des Krieges von Serbien, Rumänien und Frankreich vorgenommene Beschlagnahme von 609 000 Tonnen Kahnraum und anderen Schleppschiffen gültig sei. Fast alle diese Schiffe waren von der österreichisch-ungarischen Regierung für militärische Zwecke benutzt worden. Der Schiedsrichter ist der Ansicht, daß sie nicht als Privateigentum betrachtet und nicht von der Beschlagnahme auf grund der Bestimmungen des internationalen Rechts befreit werden können, die nur dem Privateigentum vorbehalten seien. Infolgedessen besteht der Schiedsrichter auf der Gültigkeit der Beschlagnahme und gewährt Serbien, Rumänien und Frankreich das Eigentumsrecht an fraglichen Schiffen. Einige Schiffe, die von den Privateigentümern benutzt wurden, werden diesen zurückgegeben. Der Schedsrichter ist der Ansicht, daß der Bedarf Südslaviens und Rumäniens vollkommen durch die gegenwärtig in ihrem Besitz befindliche Flotte und durch die neue Beschlagnahme, deren Gültigkeit er bestätigt, gedeckt ist. Er ist der Ansicht, daß Oesterreich einigen Ländern Personendampfer abgeben soll und daß Deutschland, Oesterreich und Ungarn außerdem der Tschechei im bestimmten Verhältnis 70 000 Tonnen Kahnraum für seinen Warenverkehr abtreten sollen. Walter d'Hines wird in Wien am 27. August den Vorsitz in der Sitzung führen, in welcher die den Privateigentümern von den Empfängerstaaten zu zahlenden Entschädigungen gemäß dem Friedensvertrage mit Oesterreich und Ungarn festgestellt werden.

Die Konferenz der Finanzminister.

Paris 3. August (Telegr.) Entgegen anderslautenden Meldungen erfährt der Petit Parisien, daß auf der Konferenz der Finanzminister zunächst über die von Deutschland zu bezahlenden belgischen Schulden, dann über die Unterhaltungskosten der Besatzungsarmeen und vielleicht auch über die Verteilung der Entschädigungssummen unter die kleinen Staaten, die bekanntlich insgesamt 6 v. H. erhalten werden, beraten werden soll. Dagegen sei es unwahrscheinlich, daß die Frage der deutschen Sachlieferungen und somit auch die französisch-deutschen Abmachungen erörtert würden.

Handel, Gewerbe und Verkehr

Berliner Börsenkurse vom 3. Aug. 5 % Reichsanleihe 77,50, 4% dsgl. 79,30, 3½% dsgl. 68,60, 3 % dsgl. 77,00 Sparprämienanleihe 80. 3% Preuß. Konsols 55,90, 4% Kölner Stadtanleihe 1900/06 93,30, 4% dt. 1912 93,50 Adlerwerke 289,75, A.G. f. Anilin 341,00, A.E.G. 334,50 Arenberg 1190, Augsburg-Nürnb. 779,50, Bad. Anilin 409,50, Basalt A.-G. 475,00, Bergmann 349, Berzelius 470, Buderus 619,75, Daimler 260,00, Deutsch-Lux. 405,00 Dürkopp 470,00, Elberf. Farben 358,50, Felten & Guilleaume 558, Gasmotoren Deutz 390,00 Gebhard & Co 459,00, Gelsenkirchen Guß 491,75, Gerresheim Glas 734, Th. Goldschmidt 703, Hammersen 600, Harpen 631,00, Höchst. Farben 341,75 Hösch 910, Hohenlohe 243,50, Hubertus 700,00, Humboldt 408,00, Kali Aschersleben 368,00 Kalker Maschinen 710,00, Köln-Neuessen 859,00, Köln-Rottweiler 390,00, Köln. Gas. und Elektr. 000,00, Kronprinz Metall 0000,00 Lindenberg Stahl 585.00 Mannesmann 675,00 Meguin 505,00 Mülheim Bgw. 522,00, Oberschles Eisenbahn Bed. 330,00, Oberschl. Caro 284,75, Oberschl. Koks 580,00 Orenstein & Koppel 655,50 Phönix 897,00 Rhein. Braunkohlen 739,00 Rhein. Metallwaren 000,00, Rhein-Nassau 966,00. Rheinstahl 591,00. Rhein.-Westf. Kalk 849,00. Rhein.-Westf. Sprengstoff 330,00, Rheydt Elektrot. 510,00, Schieß 422,00, Schloßfabrik Schulte 799,00, Siegen-Solinger 330,00, Stettin Chamotte 578,00, Stollberg Zink 698,75, Stollwerck 175,00 Telephon Berliner 414,00 Leonhard Tietz 184,50. Tuchfabrik Aachen 578,75, Ver. Ultramarin 550,00, Hapag 178,75, Nordd. Lloyd 155,00, Barmer Bankverein 162,00 Berliner Handels-Ges. 216,00, Kommerzbank 201,00, Darmstädter Bank 170,00, Deutsche Bank 301,75, Diskonto-Kommandit 262,00, Dresdner Bank 214,00, Essen Kreditanstalt 194,50, Nationalbank 188,50 Rhein.-Westf. Boden 112,00, Westdeutsche Boden 114,50, Schwabenbräu 000,00, Wicküler bräu 390,00, Gelsenkirchen Bergwerk 414,00,

Die Börse war anfangs infolge der höheren Devisenkurse fest, wurde aber dann schwächer, da auch die Devisen etwas leichter wurden und die Berufsspekulation wegen der bevorstehenden Entscheidung über Oberschlesien zu Gewinnsicherungen schritt. Im übrigen bot dem Markt die anhaltende Kauflust des Publikums eine gute Stütze. Phönix, die anfangs höher einsetzten, konnten nur 14% gehalten. Deutsch-Luxemburger weiterhin fest. Oberschlesische Werte wurden auf die beifällig aufgenommene Rede des Reichskanzlers in Bremen über Oberschlesien gekauft. Farb- und chemische Werte ruhig, A. E. G. abbröckelnd, Bergmann ebenfalls nachgebend, Dynamit nobel weiter fest. Man spricht wieder von der Diamantenherstellung. Humboldt schwächer, Kaliwerte außer Westeregeln leicht gedrückt, Schantung fest, der Schluß war matt. Der Barmarkt war uneinheitlich und zur Schwäche neigend. Bei einer ganzen Anzahl Kurssteigerungen lag eine Reihe von Werten in schärferem Angebot.

Frankfurter Börse vom 3. Aug. Nachdem die heutige Mittagsbörse fest begonnen und schwächer geschlossen hatte, zeigte sich an der Abendbörse auf die Vermutung, dass die Berliner Börse Maßnahmen gegen die Ausschreitungen der Börsenspekulation ergreifen werde, weiter ziemlichstarke Ermattung ohne besonders auffällige Kursabstriche. Auf dem Monanaktienmarkt waren allerdings Phönix 22% niedriger (900), Harpener 625 (—7), Gelsenkirchen 414 (—2), Rheinstahl 597, Luxemburger 404 (—12). Chemiewerte ruhig, Elberfelder Farben 359½—359, Höchster 340—339. Von Maschinenwerten Daimler schwächer 269½ (—3). Elektrowerte wenig verändert: A. E.G. 331 (—6), Lahmeyer 235 ohne 40% Bezugsrecht Am Einheitsmarkt waren die Kurse vereinzelter Werte abgeschwächt, so Gritzner 598 (—12). Eisenhandel leicht gebessert 340, aber immer noch 2% unter der Berliner Mittagsnotiz. Leander 294, Herz Schuh 300 Seil-Wolff 380, Bing 370, Siegener Eisen 817, Hirsch-Kupfer 368 (—9). Im Freiverkehr lebhaftes Geschäft in Mansfelder Kuxen 5500—5475, Kassele Faß 750.

Die Frankfurter Börse bleibt im August an den Samstagen geschlossen! auch Devisen werden nicht notiert

Berlin, 3. August. Der Devisenmarkt lag heute infolge der niedrigen Markkurse an den Auslandsplätzen wieder recht fest bei höheren Preisen. Aus Zürich kam die Mark mit 7,35 und dann um Mittag mit 7,40, aus Amsterdam mit 3,98 und aus Paris mit 16. Vormittags wurde NewYork Kabel mit 82¾ und an der Börse im freien Verkehr mit 83⅛ genannt. Das Geschäft war weiter lebhaft.

Heutige Schlusskurse: Holland 2517,45G. 2522,55Br, Brüssel 608,85G, 608,15Br, Christiania 1044,95G, 1047,05Br, Kopenhagen 1256,70G, 1258,80Br, Stockholm 1688,80G, 1684,20Br, Helsingfors 124,60G, 124,90Br. Italien 347,15G, 347,85Br, London 293,95G 294,05Br, New York 82,28½G 82,46½ Br, Paris 626,35G, 627,65Br, Schweiz 1353,60G, 1356,40Br, Spanien 1047,95G, 1050,05Br, Wien, Deutsch-Oesterreich abgest. 8,88G, 8,92Br, Prag 103,60G, 103,90 Br, Budapest 20,47G, 20,53Br.

New York, 3. Aug. Wechsel auf Berlin: Höchster Kurs 1,22 niedrigster 1,21. Schlußkurs 1,21. Baumwolle. Schlußkurs: vorr. middling 12,90, Aug. 12,33, Sept. 12,63, Okt. 12,88, Nov. 13,12, Dez. 13,34. — New Orleans vorr. middling 11,75.

Bremen, 3. Aug. 6 U. Baumwolle 25,20.

Berlin, 3. Aug. Elektrolytkupfer 2300, raff. Kupfer 1850 Hüttenweichblei 685—690, Hüttenrohzink im freien Verkehr 750, desgl. (Verbandspreis) 763, remelted Plattenzink 540-550, Aluminium, gekerbte Blöcke 2925, desgl. Walz- und Drahtbarren 3025, Banca-, Straits- u. Australzinn 4850, Hüttenzinn 99% 4600, Reinnickel 4400, Antimon-Regulus 750, Silber in Barren 1350-1360M.

Berlin, 4. Aug. Elektrolytkupfer 2282 M.

London, 3. Aug. Kupfer, Kassa 70⅞, dsgl. 3 Mte. 70½, Elektrolyt 74½-76½, Zinn, Kassa 157⅝, desgl. 3 Mte. 159⅞, Blei 23⅜—23¾, Zink 25-25¾, Silber vorr. 38⅝, dsgl. Lieferung 38⅛, Gold 115s 5d.

Berlin, 3. Aug. Die Aufwertsbewegung am Produktenmarkt hat weitere, teilweise scharfe Fortschritte gemacht. Besonders Roggen ist scharf begehrt, und zwar kauft hier der Bauernbund ihn, um dafür, wie verlautet, von der Reichsgetridestelle die ihr gelieferte Gerste einzutauschen. Dadurch steigen die Roggenpreise so erheblich, daß sie allmählich an Weizen mehr herangehen. Auch dieser ist fest, jedoch weniger belebt, da die Weizenpreise über Weltmarktpreis stehen. Gerste wird außerordentlich knapp angeboten und steigt weiter. Hafer für sofortige Lieferung dringend begehrt und sehr hoch bezahlt. Auch hier bei sind die Weltmarktforderungen niedriger als der Inlandpreis. Mais ar in großem Geschäft und anziehend. Weizenmehl sehr fest, Roggenmehl etwas mehr beachet Alle sonstigen Waren fest. Weizen 478—486 M., Gerste 400—530 M., Hafer 380—390 M., Mais Aug. Sept. 302—306 M., Raps 540—560 M.

Gegen die Börsenspekulation. Die lobenswerten Absichten, die Börsenspekulation, namentlich der kleinen und kleinsten Leute nach Möglichkeit einzudämmen, wurden dieser Tage in einer Sitzung der Berliner Stempelvereinigung beraten. Man kam jedoch zu dem Beschluß, von Maßnahmen einschneidender Art abzusehen und will versuchen, in erster Linie die technischen Einrichtungen bei den Banken selbst wie auch an der Börse zu verbessern. Die Einführung eines weiteren Börsenruhetages kommt nicht in Betracht. [Besonders überzeugend wirken die Beschlüsse dieser berufenen Stelle gerade nicht.]

Vereinigte Blei- und Zinnwerke G. m. b. H. in Köln. Diese Gesellschaft wurde in den Jahren 1914/15 von den Firmen Kölner Bleiwerk Jaeger & Frielinghaus (Köln), Eschweiler Bergwerks-Verein (Eschweiler), Fr. Schmidt & Sohn (Wesel), Aachener Bleiwalzwerk F. Jos. Spies G. m. b. H. (Aachen), Bleiwerk Neumühl, Morian & Co. (Hamborn-Neumühl) und C. A. Lindgens (Köln) gemeinsam mit der Bleihütte der Rheinisch-Nassauischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. in Stolberg gegründet. Neuerdings ist nun auch die Firma Franz Zeitz (Mannheim), Blei- und Zinn-, Walz- und Preßwerk in diese Vereinigung eingetreten. Die Fabriken der einzelnen Gesellschafter wurden stillgelegt und dafür das Zentralwerk neben der Bleihütte der Rheinisch-Nassauischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. in Stolberg (Rhld.) errichtet; außerdem blieb das Bleiwerk Neumühl in Betrieb. Auch das Zeitz'sche Werk soll seiner günstigen Lage zu dem süddeutschen Industriebezirk und der Schweiz wegen in Betrieb bleiben und noch weiter ausgebaut werden, unter der Bezeichnung „Betriebsstätte Mannheim der Vereinigten Blei- und Zinnwerke G. m. b. H. Köln vormals Franz Zeitz in Mannheim-Industriehafen". Nach Aufnahme der Firma Franz Zeitz in die V. B. Z. verfügt diese über etwa ein Fünftel der Bleierzeugung der in der Deutschen Verkaufstelle für gewalzte und gepreßte Bleifabrikate in Köln vereinigten Werke.

Köln, 4. Aug. Wasserstand 0,62+0,03m.

Heute morgen 4 Uhr verschied nach langem, schwerem Herzleiden mein lieber Mann, unser unvergeßlicher Vater und Großvater

Herr Gustav Delpy

langjähriger Chefredakteur d. Kölner Tageblattes
Mitkämpfer von 1870/71, Inhaber höherer Orden

im Alter von 67 Jahren.

In tiefer Trauer:
Frau Emilie Delpy geb. **Schmidt**
Dr. Egbert Delpy u. Frau Helene Delpy
Fritz Delpy u. Frau Grete Delpy
Willy Otto Delpy
Frau Wwe. Oberleutnant Alfr. Schlieper, geb. **Maria Delpy**
und 2 Enkelkinder.

Köln (Sedanstr. 15), **Leipzig, Düsseldorf,** den 2. August 1921.

Die Beerdigung findet am Freitag den 5. August 1921, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nordfriedhofes aus statt.

Statt Karten.

Josef Hubert Müller
Maria Müller
geb. Rick
Vermählte.

Euskirchen, den 3. August 1921.
Neustraße 35.

Donnerstag, Freitag und Samstag

besonders billiger Verkauf

von

Herren-, Damen-, Mantel-Stoffen, Schlüpfern, Covercoats.

Gerstenkornhandtücher 8 Mk.

S. Freund, Minoritenstraße 25, 1. Etage

gegenüber der Minoritenkirche.

Versteigerung.

Am **Freitag, den 5. August 1921, vormittags 10 Uhr,** versteigere ich im freiwilligen Auftrage wegen Geschäftsaufgabe im Hause

Krefelderstr. 2a, Unterhaus

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung: **Anzahl elektr. Beleuchtungskörper, (Kronen Pendel, Tischlampen), Schalter, Schalttafeln, Hebelumschalter, Reparaturteile, Leitungsdraht, Werkzeuge, Theke, Regal Schreibpult mit Sessel, Schaukastenunterteil, 2 Werkbänke, 1 Marmorbohrmaschine, Zimmertür, 2 Werkzeugschränke, Zeichenbrett, 1 Handwagen, 1 Ofen, 1 Grobestrios.**

Die Gegenstände sind teils neu, teils gebraucht u. können 2 Stunden vorher im Hause Krefelderstr. 2a besichtigt werden. Genehm. d Pr.Pr.St.V ist nachges.

A. G. Buhlmann

Auktionator und Taxator, vereidigter Sachverständiger,
Große Witschgasse 37. — Büro: An Lyskirchen 3.
Fernsprecher A 5554.

Büro und Auktionsräume sind tägl. von 9—12 und 3—6 geöffnet.
Versteigerungen und Taxen sowie Sachbeschädigungen aller Art werden zuverlässig, korrekt und gewissenhaft bearbeitet. Referenzen zu Diensten.

Künstlerspiele

Boccaccio

Schildergasse 99-101

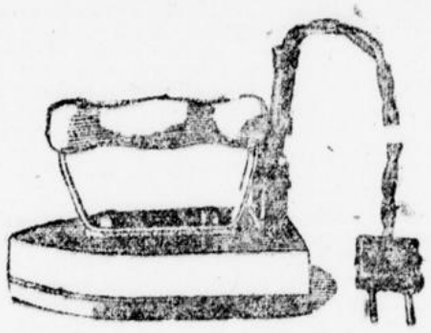
Hervorragendes August-Programm.

Telefon B 712.

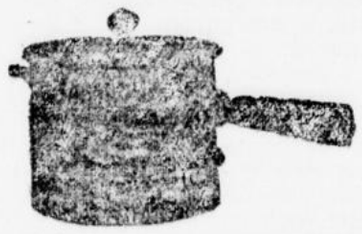
Koche elektrisch!

Großer Spezial-Verkauf sämtl. elektr. Heiz- und Kochapparate

Einige Beispiele unserer Preiswürdigkeit:



Elektr. Bügeleisen
anschlußfertig, prima vernickelt
mit 1jähriger Garantie
nur M. **95.-**



Elektrischer Kocher
messingvernickl. m. Anschluß-Bröpsel, 1 Liter Inhalt,
besond. ermäßigter Preis M. **105.-**

Elektrischer Kocher
aus Aluminium allerbestes Fabrikat mit 1½ Mtr. Kupferschnur und Stecker

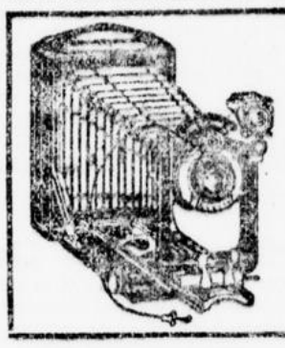
½ l	1 l	1½ l	2 l
90.-	110.-	130.-	150.-

Elektr. Heißluftduschen
mit patentiertem Schalter läßt sich mit einer Hand bedienen, messingvernickelt M. **295.-**

Elektr. Zigarren-Anzünder
entzückende Muster, auch für Pfeifen verwendbar, komplett von . . . . . M. **77.-**

Außerdem empfehlen wir zu sehr niedrigen Preisen:
Ventilatoren, Broiröster, Reise-Bügeleisen und Kocher, Massage-Apparate, Kaffeemaschinen, Brennscherenwärmer, Wasserkessel, Bratpfannen, Kochplatten u. s. w.

Elektrische Abteilung I. Erdgeschoß.



Wollen Sie einen Ausflug machen, dann vergessen Sie Ihren Foto-Apparat nicht!
Platten, Filme, Papiere finden Sie stets frisch zu billigsten Preisen in unserer
Spezial-Foto-Abteilung im Erdgeschoß.
Unseren werten Kunden entwickeln wir Platten und Filme gewissenhaft, schnell und sauber vollständig **gratis!**

Leonhard Tietz A.-G.

Köln, Hohe Straße.

Operetten-Theater METROPOL

Allabendlich 7½ Uhr:

Die Tanzgräfin

Operette in 3 Akten
Musik von Robert Stolz.

Die Tanzgräfin
ist zurzeit der größte Operetten-Erfolg in allen Großstädten.

Die Tanzgräfin
wird allabendlich auch vom Kölner Publikum begeistert aufgenommen.

Die Tanzgräfin
bedeutet in ihrer künstlerischen Darstellung und luxuriösen Ausstattung eine neue Glanzzeit für das Metropol-Theater

Die Tanzgräfin
entfesselt allabendlich Lachsalven u. Beifallsstürme.

Die Tanzgräfin
wird in den Hauptrollen dargestellt von:

Arthur Pranzetti	Dr. Riedinger
Lene Holstein	W. Haxthausen
Berta Menzel	L. Habit

Die Tanzgräfin
hat eine Fülle einschmeichelnder Melodien, die bereits heute von allen Musikkapellen gespielt und überall gesungen werden.

Die Tanzgräfin
ist somit unstreitig der Schlager der Saison.

Die Tanzgräfin
muß daher jeder unbedingt gesehen haben.

KristallPalast

Täglich abends 7½ Uhr:

FRITZ SERVOS

der unvergleichliche Komiker, Charakter- u. Typendarsteller.

Lachen ohne Ende

sowie 2 Geni Lufttrapezakt, 2 Wondlers die berühmten Gymnastiker am Reckbarren.
Rolf Holbein, das Kuriosum, Kölner Meistersinger-Quartett.
2 Imperator-Tramzolin-Voltigeure.

Tobias Buntschuh

Die Geschichte eines Einsamen.
Schauspiel in 5 Akten
nach dem gleichnamigen Bühnenwerk von
Carl Hauptmann

Dorrit Weiseler †

„Dorrit bekommt eine Lebensstellung"
Lustspiel in 3 Akten
ab morgen
in den
Agrippina-Lichtspielen.

Reichshallen

Operetten-Theater Köln a. Rh.

Heute und folgende Tage
abends 7½ Uhr:
APACHEN.

Film-Palast



Mascamor

3. Teil.

Hohestr. 11-13

Betrifft: Bau der Adenbachbrücke Neubaulinie Libiar-Ahrthal.

Der Verdingungstermin findet **nicht** am 6. August, sondern erst am **13. August vorm. 10½ Uhr** statt.

Kloster Marienthal, Post Dernau Ahr, den 1. August 1921.

Eisenbahnbauabteilung
Ahrweiler.

Brieftasche

verlor Mediziner a. d. W. Sülzburgstr. 211 bis Lindenburg.
Finder erhält hohe Belohnung Sülzburgstr. 211, 4 Et.

Zurückgekehrt
S.-R. Dr. P Felten
Dagobertstr. 12.

Ab Freitag den 5. Aug.

der aufsehenerregende gewaltige Episoden-Film

Das Gewissen der Welt!

24 Akte
in 4 Episoden.

Union-Theater
Hohestraße 132.

Kölner Sport-Club 1899 E. V.

Wir fordern hiermit unsere Mitglieder auf, am Freitag den 5. August, gegen 5½ Uhr, auf den Poller Wiesen zur Begrüßung der auf einer Rheinfahrt begriffenen deutschen Ruderverbände zu erscheinen. Sportabzeichen bitten wir anzulegen.

Der Vorstand.

Gebrauchte Möbel

zu verkaufen. 1 Bett mit Matratze, 2 Bilder, 1 Waschtisch m. Spiegel, 1 Kleiderschrank, 1 Vertikow u. Nachtkomode. 2000 Mk.
F. Clark
Sternengasse 20, Hth. 2.

Hahnenbräu.
Hahnenstrasse 43.
Selbstgebrautes
Kölsch
Friedensqualität. - Gartenwirtsch.